

Christoph Butterwegge\*

## **Demografie als Ideologie und Mittel sozialpolitischer Demagogie**

Kritische Anmerkungen zum Bevölkerungsdiskurs in Deutschland

Über die Demografie und damit verbundene Probleme wie den Geburtenrückgang, abnehmende Fertilitätsraten oder den Bevölkerungsschwund wurde in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie ähnlich rege diskutiert wie gegenwärtig. Dabei erscheint die demografische Entwicklung im öffentlichen, Medien- und Fachdiskurs fast ausnahmslos als Krisen- bzw. Katastrophenszenario, das zu einer Anpassung der sozialen Sicherungssysteme (Kürzung von Leistungen, Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen und Privatisierung von Risiken) zwingt. Gleichzeitig fordert man (mehr) Generationengerechtigkeit, weil die heute Alten relativ gut situiert, die Jungen hingegen zu stark belastet und ohne Hoffnung auf eine vergleichbar komfortable Form der Absicherung in der Zukunft seien.

Das zu erörternde Thema hat zwei Teilaspekte: Einerseits dreht sich die Debatte um die *Folgen* des demografischen Wandels (Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme durch die „Vergreisung“ der Gesellschaft). Andererseits stehen die *Ursachen* des Geburtenrückgangs und ihre *Beseitigung* durch eine aktive Bevölkerungspolitik zur Diskussion. Dabei geht es nicht nur um objektive Daten und Fakten, sondern auch und vor allem um deren subjektive Einschätzung. Umstritten ist sowohl die demografische Entwicklung selbst als auch, wie man sie zu bewerten hat, was vom Blickwinkel des Betrachters abhängt. Was aus der Sicht eines Betroffenen positiv sein kann, z.B. eine steigende Lebenserwartung, stellt aus der Sicht eines neoliberalen Ökonomen möglicherweise eine negative Tendenz dar, nämlich eine Belastung des heimischen Wirtschaftsstandortes durch das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge bzw. der gesetzlichen Lohnnebenkosten (für die Arbeitgeber). Wie demografische Wandlungsprozesse wahrgenommen werden und wie man ihnen begegnen möchte, korreliert mit der eigenen Überzeugung, Religion oder Weltanschauung und den Interessen, die man vertritt. Das Roman Herzog Institut/Institut der deutschen Wirtschaft Köln beispielsweise wirbt im Rahmen seiner Beschäftigung mit der demografischen Entwicklung für „Anstrengungen, das Unternehmertum zu stärken und ein freundliches Umfeld für Existenzgründer zu schaffen.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Hans-Peter Klös/Rolf Kroker, Perspektive 2050: Ordnungsökonomische Weichenstellungen und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf, in: Roman-Herzog-Institut/Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels, Köln 2004, S. 401

Hier wird aus einer kritischen Perspektive nach der Plausibilität vieler fast schon zum Gemeingut avancierter Thesen gefragt und die für manche Teilnehmer der Diskussion provozierende Position begründet, dass die „demografische Zeitbombe“ einem Knallfrosch gleicht und sich als politisch-ideologische Nebelbombe erweist. Die folgenden drei Thesen seien vorangestellt und anschließend begründet:

1. Die demografische Entwicklung kann nur bis zu einem bestimmten Grad wissenschaftlich seriös vorausgesagt werden. Manche „bevölkerungswissenschaftliche“ Prognose ist eher Prophetie als exakte Berechnung künftiger Entwicklungsprozesse. Mit dieser Form der Mathematik bzw. der Statistik wird Politik gemacht. Um sie erklären zu können, bedarf es der Kritik ihrer Prämissen und dahinter stehender Interessen.
2. Meist wird die demografische Entwicklung dramatisiert, denn auf diese Weise legitimiert sie Maßnahmen der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Demografie fungiert in erster Linie als Mittel der sozialpolitischen Demagogie und „Generationengerechtigkeit“ degeneriert zu einem politischen Kampfbegriff, der von vermehrter sozialer Ungleichheit *innerhalb jeder* Generation ablenkt.
3. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demografischen Wandel sowie seine Folgen für Ökonomie, Sozialstaat und Stadt- bzw. Raumplanung, die nicht zu leugnen sind, solidarisch bewältigen, denn sie ist so reich wie nie. Was fehlt, sind Maßnahmen der sozialen Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung von öffentlicher und privater Armut dienen würden. Ausschließlich die ökonomische Leistungsfähigkeit, nicht das Lebensalter der Bürger/innen und die Generationszugehörigkeit, muss darüber entscheiden, wie sie zum Allgemeinwohl beitragen oder in welchem Maß sie staatlicher Unterstützung bedürfen.

#### Wenn die Bevölkerungswissenschaft zur Scharlatanerie und Demografie zur Ideologie wird

Während die meisten Fachleute mit Blick auf die Entwicklungsländer der sog. Dritten Welt eine „Bevölkerungsexplosion“ prognostizieren und dort die Anwendung rigidester Maßnahmen der Geburtenkontrolle empfehlen,<sup>2</sup> prophezeien sie der Bundesrepublik umgekehrt eine Verschiebung der Altersstruktur hin zu Senior(inn)en und Hochbetagten, die in einen „Bevölkerungsschwund“ mündet. „Überalterung“ und „Schrumpfung“ der hiesigen Bevölkerung gelten als Hauptprobleme, die durch Zuwanderung höchstens abgemildert, jedoch nicht einmal ansatzweise gelöst werden können. So spricht Herwig Birg von einem „demographisch bedingten Desaster“ und bezeichnet die Bundesrepublik als „demographisches Pleiteunternehmen“, dessen Gläubiger „unsere Kinder“

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu und zur Kritik: Diana Hummel, Der Bevölkerungsdiskurs. Demographisches Wissen und politische Macht, Opladen 2000

seien.<sup>3</sup> Birg gehört zu jenen Bevölkerungswissenschaftlern, die den demografischen Wandel seit vielen Jahren dramatisieren und so tun, als handle es sich dabei um ein kaum lösbares Problem. Für ihn hängt die ökonomische auf das Engste mit der demografischen Globalisierung zusammen: „Im Verlauf des Globalisierungsprozesses polarisiert sich die Welt immer mehr in eine kleine Gruppe von wirtschaftlich starken Ländern mit demographischer Stagnation oder Schrumpfung und in eine wesentlich größere Ländergruppe mit Bevölkerungswachstum und niedriger Wirtschaftskraft.“<sup>4</sup> Die (nationalkonservativ bzw. neoliberal ausgerichtete) Bevölkerungswissenschaft ist vor allem über die „altersbedingte Erhöhung der Lohnnebenkosten und die daraus folgende demographisch bedingte Verschlechterung der Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland“ besorgt.<sup>5</sup> So sehen Roland und Andrea Tichy die deutsche Volkswirtschaft in einer „Altersfalle“, der sie – wenn überhaupt – nur mit Mühe zu entkommen vermag.<sup>6</sup>

Zwar altert die Bevölkerung der Bundesrepublik und nimmt nach 2020 zumindest der Tendenz nach deutlich ab, wenn keine liberalere Migrationspolitik gemacht wird, als sie das nach jahrelangen Auseinandersetzungen am 30. Juli 2004 ausgefertigte Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz vorsieht. Allerdings erscheint ein Rückgang von 82,5 Millionen Einwohner(inne)n heute auf 75,1 Millionen Menschen im Jahr 2050, wie ihn das Statistische Bundesamt in der (mittleren) Variante 5 seiner 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung erwartet,<sup>7</sup> nicht eben Furcht einflößend. Schließlich wäre die Bundesrepublik damit nach wie vor eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt.

Voraussagen über einen Zeitraum von einem halben Jahrhundert sind unseriös und trafen selten zu. 50-Jahres-Prognosen hält der Koblenzer Statistikprofessor Gerd Bosbach sogar für „moderne Kaffeesatzleserei“, was er an Beispielen aus der Vergangenheit illustriert. Hätte jemand 1950 die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik im Jahr 2000 schätzen sollen, wären ihm maßgebliche Einflussfaktoren entgangen: die Erfindung und Verbreitung der Antibabypille; die Anwerbung bzw. der Zuzug von Millionen ausländischen Arbeitskräften samt ihren Familien; Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile (Trend zur Kleinfamilie und zum Single-Dasein); der Nieder- und Untergang der DDR; die Öffnung der Grenzen im Osten einschließlich der Zuwanderung von

---

<sup>3</sup> Siehe Herwig Birg, Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert, in: Albrecht Weber (Hrsg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück 1997, S. 70

<sup>4</sup> Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001, S. 30

<sup>5</sup> Vgl. Siehe ders., Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland – Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und Ausblick auf das 21. Jahrhundert, a.a.O., S. 66

<sup>6</sup> Vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München/Zürich 2001

Millionen Aus- und Übersiedlern sowie die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. „Noch deutlicher wird die Problematik, wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50-Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden!“<sup>8</sup> Da grenzt es schon fast an Scharlatanerie, wenn die ZEIT (v. 2.1.2003) unter Rückgriff auf Berechnungen von Birg behauptet, die Deutschen würden „in 100 Jahren“ auf 25 Millionen Menschen schrumpfen.<sup>9</sup> Als wüsste jemand, was bis dahin alles passiert und wie es sich auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik – falls sie dann überhaupt noch existiert – auswirkt!

Martin R. Textor referiert Berechnungen, wonach auf 100 potenzielle Beitragszahler/innen im Jahr 2033 ebenso viele Rentner/innen kommen und kommentiert: „Daß diese Entwicklung zu stark ansteigenden Beitragssätzen führen muß, ist offensichtlich.“<sup>10</sup> Der britische Wirtschaftsjournalist Paul Wallace spricht in seinem Buch „Altersbeben“ von einer „Rentenfalle“, welche demografisch bedingt sei und für Staaten wie die Bundesrepublik nur zwei Auswege offen lasse: „Entweder die Beiträge steigen drastisch, oder die Renten müssen radikal gekürzt werden.“<sup>11</sup> Dass es sich hierbei um eine sozialpolitische Milchmädchenrechnung handelt, die dritte Möglichkeit, bisher überhaupt nicht beitragspflichtige Gruppen (Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete und Minister) in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben und/oder den Bundeszuschuss zu erhöhen, ausgeblendet wird, übersieht oder unterschlägt Wallace. Uwe Fachinger und Heinz Rothgang weisen demgegenüber darauf hin, dass die Einnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung vom Beitragssatz, von der Anzahl ihrer Mitglieder (Versicherten), den jeweiligen durchschnittlichen Beitragsbemessungsgrundlagen und der Höhe des Bundeszuschusses abhängen: „Die Zahl der Beitragszahler, d.h. die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosen, der freiwillig Versicherten und der Krankengeldbezieher sowie deren jeweiliges durchschnittliches beitragspflichtiges Einkommen wiederum werden vor allem von der Arbeitsmarkt- sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung geprägt. Nachgelagert sind dann weitere Determinantengruppen, zu denen neben der gesamtwirtschaftlichen Situation, dem Arbeitsangebotsverhalten und den gesetzlichen Regelungen

---

<sup>7</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Pressemitteilung vom 6.6.2003, Wiesbaden, („mittlere“) Variante 5

<sup>8</sup> Gerd Bosbach, Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2/2004, S. 98

<sup>9</sup> Vgl. zu dieser schon länger zu beobachtenden Grundposition der liberalen Wochenzeitung im Demografie-Diskurs: Hanna Behrend, „Deutschland gehen die Kinder aus“. Familie in der *Zeit*, in: Das Argument 247 (2002), S. 473 ff.

<sup>10</sup> Martin R. Textor, Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik, in: ders. (Koord.), Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme, Opladen 1997, S. 23

<sup>11</sup> Paul Wallace, Altersbeben. Wie wir die demografische Erschütterung in Wirtschaft und Gesellschaft meistern werden, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 187

auch die *Demographie* zu zählen ist.“<sup>12</sup> Zwischen demografischer Entwicklung und GRV-Einnahmen besteht also kein unmittelbarer Zusammenhang.

Wer die Renten kürzen will, verweist zur Begründung trotzdem gern auf die wachsende Zahl der älteren Menschen, die von den Erwerbstätigen (wegen ihrer steigenden Lebenserwartung: länger als früher) mit ernährt werden müssen. Häufig heißt es dann mit Hinweis auf die Alterspyramide, die Pilzform angenommen habe, bald müsse jeder Arbeitnehmer für einen Rentner aufkommen. Dabei verschlechtert sich diese Relation seit langem ständig, ohne dass dies den kontinuierlichen Ausbau des Sozialstaates bis 1974/75 verhindert hätte, und künftig ist nur noch das letzte Teilstück eines sehr langen Weges dieser demografischen Veränderungen zurückzulegen. „Vor über hundert Jahren kamen auf eine Person über 65 Jahre rund zwölf Erwerbsfähige. 2000 sind es gerade noch vier. (...) Der Lebensstandard ist jedoch in den letzten 100 Jahren deutlich gestiegen.“<sup>13</sup> Auch wird der „Verschlechterung des Alten- oder Alterslastquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind) keineswegs, wie es die intellektuelle Redlichkeit geböte, die sie aufgrund einer sinkenden Geburtenrate begleitende „Verbesserung des Jugendquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die noch nicht erwerbstätig sind) gegenübergestellt. Sich daraus ergebende Einsparungen bei Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Jugendhilfe müssten jedoch gleichfalls in Rechnung gestellt werden, will man die Belastung der erwerbstätigen Generation ermitteln. Für mehr Rentner/innen kann diese aufkommen, ohne finanzielle Einbußen zu erleiden, wenn Lohn oder Gehalt stärker als die daraus resultierende Belastung steigen. Entscheidend dafür, ob die Möglichkeit zur Kompensation der „Altenlast“ besteht, ist die Höhe der Arbeitsproduktivität. Wenn man bedenkt, dass sich bei einem Produktivitätsanstieg von nur 1,5% pro Jahr und Erreichen der Vollbeschäftigung ab 2010 das Realeinkommen bis 2050 verdoppeln würde, kann von einer Überforderung der Gesellschaft durch den demografischen Wandel keine Rede sein: „Die Versorgungsleistungen können (...) aus dem Produktivitätswachstum bestritten werden, ohne dass die zu Versorgenden oder die Erwerbstätigen den Gürtel enger schnallen müssen.“<sup>14</sup>

Eine „statische Betrachtungsweise“, die Veränderungen der Demografie von der wissenschaftlich-technischen Innovation und Wachstumsprozessen der Ökonomie ablöst, ignoriert für das Resultat zentrale Zusammenhänge: „Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das

---

<sup>12</sup> Uwe Fachinger/Heinz Rothgang, Zerstört der demographische Wandel die Grundlagen der sozialen Sicherung? – Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, in: Zeitschrift für Sozialreform 11-12/1997, S. 816 (Hervorh. im Original)

<sup>13</sup> Ver.di-Bundesvorstand (Hrsg.), Mythos Demografie, Berlin, Oktober 2003, S. 8

<sup>14</sup> Eckhard Hein/Bernd Mülhaupt/Achim Truger, WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?, in: WSI-Mitteilungen 6/2004, S. 296

Jahr 2050 unterstellt.“<sup>15</sup> Von älteren Menschen spricht man in einer Markt-, Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft, die nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien modernisiert wird, zunehmend als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“, d.h. als finanzielle Belastung für die jüngeren Bürger/innen. „Begriffe wie *Alterslast*, *Rentnerberg* oder gar *Rentnerschwemme* spiegeln noch deutlicher wider, dass in der öffentlichen Diskussion der Alterungsprozess der Bevölkerung als etwas Negatives dargestellt wird, obgleich aus Sicht des Einzelnen eine steigende Lebenserwartung doch etwas Positives und Erstrebenswertes ist – sicherlich auch für die jetzt Jungen –, vor allem wenn das Altwerden und Altsein zugleich mit einem guten Gesundheitszustand einhergeht.“<sup>16</sup> Der Bremer Sozialforscher Winfried Schmähl zeigt, dass die übliche Gegenüberstellung von Jüngeren bzw. Erwerbstätigen als „ökonomisch Aktiven“ und „ökonomisch inaktiven“ Älteren ein Klischee ist.<sup>17</sup>

Gerd Bosbach fragt ketzerisch, ob mit demografischen Sachzwängen nicht von einem aktuellen Schauplatz der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abgelenkt werden soll, wo die Arbeitgeber mit der Androhung von Werksverlagerungen und Massenentlassungen schmerzhaft Konzessionen seitens der Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften im Streit um mehr Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit sowie Lohnverzicht erzwingen: „Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer langfristig von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen. Das hätte allerdings weniger mit den ‚unausweichlichen‘ Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste politische Entscheidung hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.“<sup>18</sup>

Abgesehen davon, dass die Prognosen der Bevölkerungswissenschaft über einen längeren Zeitraum selten zutrafen, weil z.B. die Zuwanderungsraten stark stiegen,<sup>19</sup> ist ein demografischer Fatalismus bzw. Defätismus schon deshalb unangebracht, weil der Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen und die Gesetzliche Rentenversicherung im Besonderen auf einem Grundkonsens darüber beruhen, welcher Teil des Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird und welche Gesellschaftsschichten wie viel ihres Primäreinkommens dafür abzugeben müssen. Während die Sozialleistungsquote

<sup>15</sup> Gerd Bosbach, *Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!*, a.a.O., S. 101

<sup>16</sup> Winfried Schmähl, *Generationenkonflikte und „Alterslast“*. Einige Anmerkungen zu Einseitigkeiten und verengten Perspektiven in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion, in: Irene Becker/Notburga Ott/Gabriele Rolf (Hrsg.), *Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft*. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag, Frankfurt am Main/New York 2001, S. 180 (Hervorh. im Original)

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 188 ff.

<sup>18</sup> Gerd Bosbach, *Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!*, a.a.O., S. 103

<sup>19</sup> Vgl. im Hinblick auf die Bundesrepublik der 70er- und 80er-Jahre: Stefan Hradil, *Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsveränderung in den kommenden Jahrzehnten*, in: *Gegenwartskunde* 3/2001, S. 387

(Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) heute genauso hoch oder niedrig ist wie 1975, als die Arbeitslosenzahl im Altbundesgebiet zum ersten Mal die Millionengrenze überschritt, war die Gewinnquote (über 30% des Bruttoinlandsprodukts) noch nie so hoch und die Reallohnquote (unter 70%) noch nie so niedrig wie heute. Es macht daher weder Sinn für die Arbeitnehmer/innen, „den Gürtel enger zu schnallen“, noch Leistungskürzungen hinzunehmen und den Sozialstaat weiter beschneiden zu lassen.<sup>20</sup>

### „Generationengerechtigkeit“ – politischer Kampfbegriff oder sinnvolles Leitbild der Sozialpolitik?

Der seit 1957 bewährte Generationenvertrag (lohn- und beitragsbezogenes Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung) wird unter Hinweis auf den demografischen Wandel zum Auslaufmodell erklärt, das Kapitaldeckungsprinzip als vermeintlich „demografieresistent“ geradezu glorifiziert. Nach der berühmten Mackenroth-These wird aber jeder Sozialaufwand bzw. jede Rente aus der aktuellen Wertschöpfung bestritten. „Bei jedem Finanzierungssystem wird entschieden, welche Belastungen die Jüngeren durch Einbußen im Konsum haben und welche Belastungen auf die Älteren durch Minderung ihrer Rentenansprüche zukommen. Beim Umlageverfahren erfolgt diese Entscheidung über den politisch-demokratischen Prozess, bei kapitalfundierte Systemen über ‚anonyme‘ Marktprozesse.“<sup>21</sup> Dabei zeigte das Tief der Aktienkurse nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001, wie problematisch es ist, mit der „Riester-Rente“ auf die Börse und private Vorsorge zu setzen, wenn es um die langfristige Stabilität und Verlässlichkeit der Alterssicherung geht. Kaum von der Hand zu weisen ist die Vermutung, dass sich hinter der Forderung nach mehr „Generationengerechtigkeit“ handfeste Interessen verbergen und Finanzmarktakteure gute Chancen für profitable Geschäfte mit ihren Produkten wittern, wenn die Angst weiter um sich greift, dass kollektive Vorsorgemaßnahmen dem/der Einzelnen keinen ausreichenden Schutz mehr bieten.

Am 25. Oktober 1999 bezeichnete der SPIEGEL die Generationengerechtigkeit als „Kampfbegriff von morgen“. Studien zur materiellen Situation von Rentner(inne)n handelte er unter dem Titel „Reiche Senioren“ ab. Als „gierige Generation“, meint Bernd W. Klöckner, lebten die Alten auf Kosten der Jungen. Er spricht von „Ruhestandsluxus“ und beklagt das Selbstbewusstsein sowie die

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 2. Aufl. Wiesbaden 2005

<sup>21</sup> Gerhard Bäcker/Angelika Koch, *Die Jungen als Verlierer? – Alterssicherung und Generationengerechtigkeit*, in: WSI-Mitteilungen 2/2003, S. 116

Reiselust deutscher Rentner/innen: „Ob Mallorca, Gran Canaria oder Costa del Sol: die Masse der heute Alten hat offensichtlich keinerlei Grund zu klagen.“<sup>22</sup>

Das in den Massenmedien häufig gezeichnete Bild einer *intergenerationalen* Kluft zwischen Arm und Reich hält einer empirischen Überprüfung allerdings nicht stand: Rentnerhaushalte weisen auf der Ebene bedarfsgewichteter Haushaltseinkommen eine viel geringere Wohlstandsposition auf als Arbeitnehmerhaushalte, was die Hypothese mangelnder Generationengerechtigkeit jedenfalls zu Lasten der mittleren Jahrgänge widerlegt.<sup>23</sup> Auch dürfte sich die Struktur der Armutspopulation etwa infolge der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich (sog. Riester-Reform, die neuerliche Senkung des Rentenniveaus durch das sog. Nachhaltigkeitsgesetz, Erhöhung des Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrages vor allem der Betriebsrentner sowie die Verringerung des sog. Schonvermögens von Langzeitarbeitslosen durch Hartz IV), aber auch von Scheidungen und der Anzahl nicht eigenständig gesicherter Frauen künftig wieder in Richtung der Senior(inn)en verschieben. Gleichwohl tut man so, als sei der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Grundwiderspruch, nämlich zwischen Jung und Alt, abgelöst und Klassenkampf durch einen „Krieg der Generationen“ ersetzt worden. Hierbei handelt es sich um eine mediale Dramatisierung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, die – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen, etwa der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung,<sup>24</sup> ablenkt.

Man versteht jetzt, warum Massenmedien der Armut von Kindern, die es auch in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik gibt,<sup>25</sup> große Aufmerksamkeit schenken. Da heute die Gruppe der Rentner/innen nicht mehr in so hohem Maße wie etwa Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen ist, konstruiert man ein Wohlstandsgefälle zwischen Alt und Jung. Kinderarmut wird benutzt, um die Jüngeren gegen die Älteren auszuspielen und Letzteren einen Verzicht auf Einkommenszuwächse oder Leistungskürzungen abzuverlangen. Die soziale Polarisierung, Folge der Globalisierung bzw. einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich jedoch auf jede Altersgruppe gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite. Es gab

---

<sup>22</sup> Bernd W. Klöckner, *Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren*. Frankfurt am Main 2003, S. 108/107. Nur am Rande sei vermerkt, dass die Lebenshaltungskosten dort zum Teil niedriger sind als in der Bundesrepublik.

<sup>23</sup> Vgl. Gerhard Bäcker/Angelika Koch, *Die Jungen als Verlierer?*, a.a.O., S. 113

<sup>24</sup> Vgl. dazu: Claus Schäfer, *Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen? – Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort“-Debatte*, in: Christoph Butterwegge/Martin Kutscha/Sabine Berghahn (Hrsg.), *Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik*, Baden-Baden 1999, S. 63 ff.



noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und auch noch nie so viele Kinder mit einem großen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu erlangen, übertragen reiche Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Die soziale Scheidewand trennt also nicht Jung und Alt, sondern verläuft immer noch, wenn nicht mehr denn je zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter!

Als vorrangiges Ziel der Sozialreformen wird in Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 („Agenda 2010“) oder im Gutachten der sog. Rürup-Kommission vom 28. August 2003 die Generationengerechtigkeit benannt. Darunter versteht man die Forderung nach einer fairen Aufteilung der Ressourcen und Lasten zwischen den Generationen (beispielsweise im Hinblick auf die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme). Rentenkürzungen sind aber kein Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“, sondern verschärfen die soziale Ungleichheit, zumal vor allem viele Frauen mit einer „bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter“ auskommen müssen, die nur 15 Prozent über dem Sozialhilfesatz liegt. „Nullrunden“ (Aussetzungen der Rentenanpassung) wie im Jahr 2004 treffen gar nicht in erster Linie jetzige Rentner/innen, sondern Jahrgänge, die heute noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Außerdem haben sie eher negative Folgen im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement und die familialen Unterstützungsleistungen der Betroffenen, worunter die jüngeren Altersgruppen leiden würden.<sup>26</sup> Die von der sog. Rürup- wie von der sog. Herzog-Kommission vorgeschlagene Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen der zukünftigen Generationen. Wer in den Ruf nach „Generationengerechtigkeit“ einstimmt, müsste eigentlich darum bemüht sein, dass auch die künftig Heranwachsenden noch einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das bislang gewohnte Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt diese weiter zu beschneiden und die Menschen einer privaten Daseinsvorsorge zu überantworten!

Bernd Raffelhüschen, seinerzeit Mitglied der Rürup-Kommission, plädiert für eine „Kombination von temporär moderaten Rentenkürzungen und langfristig verstärkter privater Altersvorsorge durch die Erwerbstätigen“, das „Einfrieren der Nominalrenten“ sowie das Absenken des Rentenniveaus auf eine „Grundsicherung“, die mit dem Äquivalenz- bzw. Leistungsprinzip unvereinbar und nur noch eine Basisrente zur Sicherung des Existenzminimums wäre. Gewinner und Verlierer/innen gibt es dabei angeblich nicht. Vielmehr verspricht Raffelhüschen, der die enormen Risiken einer

---

<sup>25</sup> Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2005

<sup>26</sup> Vgl. Martin Kohli/Harald Künemund, Der Alters-Survey: die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 20/2003, S. 25

kapitalgedeckten Alterssicherung (in den USA zu besichtigen) ignoriert, allen Beteiligten immense Vorteile eines verharmlosend „Ausgleichsreform“ genannten Systemwechsels.<sup>27</sup>

Im Sommer 2003 entspann sich eine besonders perfide Diskussion über die mögliche Rationierung medizinischer Leistungen nach dem Lebensalter von Patient(inn)en. Bereits am 24. Oktober 2002 hatte Frank Drieschner in der ZEIT darüber räsoniert, wie der demografische Wandel auszugleichen sei: „Teure Transplantationen nur noch für junge Menschen, Zahnersatz auf Kassenkosten nur bei Abschluss einer Zusatzversicherung – das wären wirksame Maßnahmen. Aber wer will das hören?“ Zwei Monate später verkündete Joachim Wiemeyer, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum, in der *Herder-Korrespondenz*: „Es ist gerecht, bestimmte teure medizinische Leistungen ab einer bestimmten Altersgrenze nicht mehr vorzusehen, sondern sich in solchen Fällen etwa auf eine Behandlung akuter Schmerzen zu beschränken.“ In einem am 12. Juni 2003 veröffentlichten Interview sagte Friedrich Breyer, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, dem *Rheinischen Merkur*, dass bei der Altersgrenze von 75 Jahren „ein deutlicher Spareffekt“ eintrete, eher als bei 85 Jahren. Schließlich forderte Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, am 3. August 2003 im Berliner *Tagesspiegel*, 85-Jährigen keine künstlichen Hüftgelenke mehr „auf Kosten der Solidargemeinschaft“ einzusetzen, und löste damit eine kontroverse Diskussion auch in CDU und CSU aus.

Eine weitere Zuspitzung erfuhr die Debatte, als Jan Dittrich, Bundesvorsitzender der FDP-Nachwuchsorganisation „Junge Liberale“ (JuLis), im Zusammenhang mit ungleichen Wohlstand der Generationen dokumentierenden Ergebnissen des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der rot-grünen Bundesregierung am 4. März 2005 von der *Bild*-Zeitung mit der Feststellung „Die Alten leben auf Kosten der Jungen“ sowie der Schlussfolgerung „Alte, gebt den Löffel ab!“ zitiert und zum Rücktritt gezwungen wurde. Jörg Tremmel, Geschäftsführer der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, kam am 31. März 2005 in der ZEIT unter der Überschrift „Die fetten Jahre sind vorbei ... .. aber nur für die Jüngeren“ zu Wort. Dort beklagte er, dass der Sozialstaat in eine „neue Zweiklassengesellschaft“ zerfalle, behauptete „Die Älteren verdienen von Jahr zu Jahr mehr – und leisten weniger“ und forderte die Lockerung des Kündigungsschutzes für rentennahe Jahrgänge. Demnach läge eine solche Entrechtung bestimmter Arbeitnehmergruppen in deren eigenem Interesse: „Denn dann sind die arbeitswilligen fitten Senioren von morgen wahrhaft

---

<sup>27</sup> Vgl. Bernd Raffelhüschen, Eine Generationenbilanz der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.), Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt am Main 2001, S. 257

gleichberechtigt und haben bei Bewerbungen auf Neueinstellungen die gleichen Chancen wie die Jungen.“

Albrecht von Lucke macht dagegen einen „Generationsdarwinismus“ aus, mit dem Jungmanager, smarte Karrieristen und profilsüchtige Nachwuchspolitiker gegenwärtige und zukünftige Privilegien verteidigten. In dieser Art des Gerechtigkeitsbegriffs steckt für ihn kein Erkenntnisgewinn: „Die Kategorie der Generationszugehörigkeit liegt offensichtlich quer zu den Gerechtigkeitskriterien Bedürfnis, Bedürftigkeit und Leistung und kann schon deshalb kein hinreichendes Kriterium für Gerechtigkeit sein.“<sup>28</sup> Auch unterscheidet sich das Alter von scheinbar ähnlichen Kategorien wie Geschlecht oder Abstammung bzw. Herkunft dadurch, dass man zwar altert, aber in der Regel nicht das Geschlecht wechselt und die Abstammung/Herkunft für immer festliegt. Wenn man also Jüngere rechtlich, ökonomisch und/oder sozialpolitisch gegenüber Älteren schlechter stellt, gleichen sich die Nachteile im Verlauf eines Lebens wieder aus: „Jedes Sicherungssystem, das einen Unterschied aufgrund des Alters des Menschen macht und sie nach moralischen Kriterien scheinbar ungleich behandelt, verfährt im Zeitablauf durchaus moralisch. Denn alle Menschen werden über ihren Lebenszyklus hinweg gleich behandelt.“<sup>29</sup>

Der deutsche Sozial(versicherungs)staat hat durch seine enge Bindung an die sog. Normalbiografie, das Normalarbeitsverhältnis und die Normalfamilie insofern einen Altersbias, als die Leistungen im Lebensverlauf (Längsschnitt) ungleich auf die einzelnen Generationen verteilt sind.<sup>30</sup> Daraus folgt aber mitnichten, dass die Älteren den Sozialstaat und/oder die Jüngeren ausbeuten. Allerdings lässt eine Querschnittsbetrachtung, welche die Lage unterschiedlicher Altersjahrgänge vergleicht, außer Acht, „dass die jüngeren Generationen über ein wesentlich höheres Nettoeinkommen als ihre Eltern verfügen und dass dieses Realeinkommen weiter wächst, selbst wenn in begrenztem Umfang eine prozentual erhöhte Abgabenbelastung erfolgt.“<sup>31</sup>

Durch das Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ wird die soziale Spaltung unserer Gesellschaft biologisiert, auf ein Verhältnis zwischen unterschiedlichen Alterskohorten reduziert und relativiert. Das verkrampte Bemühen um mehr Generationengerechtigkeit, der noch nie so viel Beachtung zuteil wurde wie heute, überdeckt die in *sämtlichen* Altersgruppen, der ganzen Gesellschaft und der

<sup>28</sup> Albrecht von Lucke, Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2003, S. 1059

<sup>29</sup> Christian Christen/Tobias Michel/Werner Rätz, Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert, Hamburg 2003, S. 42

<sup>30</sup> Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen 2001, S. 53 ff.

übrigen Welt drastisch wachsende soziale Ungleichheit. „Man gewinnt vielfach den Eindruck, dass die Fokussierung der Diskussion auf die Verteilung zwischen Kohorten ablenken soll von Fragen der Verteilung innerhalb von Kohorten.“<sup>32</sup>

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001 zur Pflegeversicherung, wonach Eltern geringere Sozialbeiträge als Kinderlose zahlen sollen, weil sie „neben dem Geldbeitrag einen generativen Beitrag zur Funktionsfähigkeit eines umlagefinanzierten Sozialversicherungssystems leisten“, ging in die falsche Richtung. In dem „Ein Segen für die Familie“ betitelten SPIEGEL-Artikel wurde sechs Tage später jedoch besonders gelobt, dass die Richter den Gesetzgeber zu einer passenden Antwort auf das „demografische Desaster“ zwängen. „So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.“<sup>33</sup> Man forderte die Übertragung des Richterspruchs auf die Altersvorsorge und brachte, dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend, Rente unmittelbar mit Rendite in Verbindung: „Kinder zu haben ist in der Rentenversicherung ein schlechtes Geschäft.“

Mit dem BVerfG-Urteil zur Pflegeversicherung und der Forderung, seine Grundzüge auf die übrigen sozialen Sicherungssysteme zu übertragen, werden alle Menschen – unabhängig davon, welcher (Einkommens-)Schicht sie angehören – in ein benachteiligtes Lager (der Eltern) sowie ein privilegiertes Lager (der Kinderlosen) eingeteilt. Dabei sind von der „Umverteilung“ privat krankenversicherte Selbstständige und Beamte überhaupt nicht betroffen. Obwohl es das Urteil suggeriert, hängt das Fortexistieren der Pflegeversicherung sowenig wie die Funktionsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung von der Biologie ab. Vielmehr handelt es sich in beiden Fällen um eine Frage der Ökonomie und der Politik. Ausschlaggebend ist letztlich, wie viel Reichtum die Volkswirtschaft erzeugt und auf wen er verteilt wird. Bei einer stagnierenden bzw. künftig sogar sinkenden Bevölkerungszahl müsste im Falle eines weiter nicht mehr explosionsartig wie zur Zeit des „Wirtschaftswunders“, dafür aber recht kontinuierlich wachsenden Bruttoinlandsprodukts für alle genug da sein.

Alle seriösen Berechnungen zeigen, dass sich die Folgen des demografischen Wandels für die Gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in Grenzen halten. (Arbeits-)Produktivität, Bruttoinlandsprodukt und Volkseinkommen wachsen parallel zu Veränderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung, wie Karl Georg Zinn hervorhebt: „Das heute erreichte Niveau sozialstaatlicher

---

<sup>31</sup> Siehe Alois Oberhauser, Die vermeintlich arme jüngere Generation, in: Irene Becker/Notburga Ott/Gabriele Rolf (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, a.a.O., S. 212

<sup>32</sup> Winfried Schmähl, „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird, in: Kai Burmeister/Björn Böhning (Hrsg.), Generationen und Gerechtigkeit, Hamburg 2004, S. 51 (Hervorh. im Original)

<sup>33</sup> Ein Segen für die Familie, in: Der Spiegel v. 9.4.2001, S. 102

Leistungen basiert auf den Produktivitätssteigerungen der Vergangenheit, und die künftig weiter steigende Leistungsfähigkeit der wohlhabenden Volkswirtschaften ermöglicht bei sachgerechter Organisation von Produktion und Verteilung zumindest die Aufrechterhaltung des erreichten Sozialniveaus.“<sup>34</sup>

### Staatsverschuldung und „finanzpolitische Nachhaltigkeit“

Hans-Olaf Henkel, damals noch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), forderte in seinem Buch „Jetzt oder nie“ ein „Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik“, was er unter Hinweis „auf die Verantwortung für die Interessen unserer Kinder“ begründete: „Wenn wir verhindern wollen, daß sich unsere Kinder dieser Generation als einer erinnern, die sich zu ihren Lasten ein bequemes Leben gemacht hat, dann müssen wir jetzt handeln und nicht erst morgen. Unsere Kinder brauchen eine Politik, die sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Bereichen verpflichtet, nicht nur im Umweltschutz.“<sup>35</sup>

Nicht nur die Renten, sondern auch die öffentlichen Haushalte sind ins Visier von Experten geraten, die mehr Generationengerechtigkeit verlangen. So bemängelte Jörg Tremmel die seiner Ansicht nach unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung mit folgender Begründung: „Um den immer teurer werdenden Sozialstaat zu finanzieren, stellt die herrschende Generation ungedeckte Wechsel auf die Zukunft aus. Die Zeche zahlen eines Tages jene, die heute jung sind.“<sup>36</sup> Tremmel schrieb ein Buch über die „Nachhaltigkeit“, das den Begriff sehr weit fasst.<sup>37</sup> Neoliberale tun gern so, als hätten „zukünftige Generationen (...) hohe Schuldenberge“ abzutragen, wozu sie weder willens noch in der Lage wären.<sup>38</sup> Dabei lastet dieser Schuldendienst nur auf einem Teil der kommenden Generationen; ein anderer erhält mehr Zinsen aus (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst an Steuern zahlt und profitiert dadurch sogar von heutigen Budgetdefiziten.

Trotzdem verfängt die Argumentationsfigur von „Zechprellern zu Lasten unserer eigenen Kinder“ (Raffelhüschchen). Norbert Reuter weist demgegenüber nach, dass aus der Staatsverschuldung sowohl Forderungen wie Verbindlichkeiten resultieren und dass *beide* Größen an die nächste Generation „vererbt“ werden. Blicke man getrennt auf die gegenwärtige oder auf die folgende Generation, liege

<sup>34</sup> Karl Georg Zinn, Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Berlin 1999, S. 80 f.

<sup>35</sup> Hans-Olaf Henkel, Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik, Berlin 1998, S. 12

<sup>36</sup> Jörg Tremmel, Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft, Frankfurt am Main 1996, S. 26

<sup>37</sup> Vgl. ders., Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München 2003

<sup>38</sup> Siehe Bernd Raffelhüschchen, Eine Generationenbilanz der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik, a.a.O., S. 256

„ein gesamtwirtschaftliches Nullsummenspiel vor. Mit einem Verweis auf kollektive finanzielle Belastungen künftiger Generationen lässt sich der gegenwärtige Abbau der Staatsverschuldung somit nicht begründen.“<sup>39</sup> Auch Richard Hauser hält Staatsverschuldung nur für problematisch, wenn Ausländer einen Großteil der Schuldtitel halten, was in der Bundesrepublik nicht der Fall ist. „Werden die Forderungen gegen den Staat aber ganz überwiegend von Inländern gehalten, dann findet durch die Zinszahlung nur eine intragenerationale Umverteilung von den Steuerzahlern zu den Forderungsbesitzern statt. Dies ist dann akzeptabel, wenn die Staatsschuld zur Finanzierung der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, d.h. zur Sachvermögensbildung des Staates, aufgenommen wurde und wenn die Belastung des Staatshaushalts durch Zinszahlungen nicht bestimmte Grenzen überschreitet.“<sup>40</sup>

Mit dem Satz „Wir haben den Staatshaushalt nur von unseren Kindern geborgt“ begründet man die Übertragung des Prinzips der Nachhaltigkeit von der Umwelt- auf die Fiskalpolitik, ohne die verheerenden Konsequenzen eines solchen Schritts zu reflektieren. Durch die Instrumentalisierung der nachwachsenden Generationen unter Schlagworten wie „Nachhaltigkeit im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ wird eine Politik der Haushaltskonsolidierung verklärt, die gerade für Kinder und Jugendliche nur negative Folgen zeitigt, weil sie betreffenden Bereichen (Vorschule, Schule und Hochschule) nicht mehr die nötigen Mittel zufließen. Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem verbauen im Namen der künftigen Generation eben jener die Zukunftsperspektiven (bei schlechter Kinderbetreuung, defizitärer Schulausstattung, fehlenden Lehrkräften, eingesparten Schuleingangsuntersuchungen etc.).

Micha Brumlik macht auf einen wesentlichen Unterschied zwischen ökologischen und finanziellen Ressourcen aufmerksam: „Während zukünftige Generationen von einmal vernutzten fossilen Brennstoffen in der Tat nicht mehr Gebrauch machen können, stehen ihnen für die Beiträge, die sie zur Tilgung von Schulden für öffentliche Aufgaben zu leisten haben, in einer gerecht geordneten Gesellschaft nützliche Infrastrukturangebote gegenüber. Während die Vernutzung natürlicher Ressourcen mithin asymmetrisch zu Gunsten der Gegenwart verläuft, besteht bei Nutzung finanzieller Ressourcen im öffentlichen Rahmen eine gewisse Symmetrie.“<sup>41</sup> Auch wenn Geld im

---

<sup>39</sup> Norbert Reuter, Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik?, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen 2003, S. 85

<sup>40</sup> Richard Hauser, Generationengerechtigkeit, Volksvermögen und Vererbung, in: Kai Burmeister/Björn Böhning (Hrsg.), Generationen und Gerechtigkeit, a.a.O., S. 39

<sup>41</sup> Micha Brumlik, Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit. Zur Kritik eines neuen Grundwerts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1464

Jugendjargon „Kohle“ heißt, hat es mit dieser relativ wenig gemeinsam: Es wandert von einer Tasche in die andere, verbrennt aber nicht. Meistens befindet es sich übrigens in der falschen ...

Eine nicht nur verbal der Generationengerechtigkeit verpflichtete Politik müsste Norbert Reuter zufolge berücksichtigen, dass Schuldenabbau und der damit verbundene Rückzug des Staates aus wichtigen Bereichen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine schwere Hypothek für künftige Generationen bedeuten würden, neben der die mittelfristig fortbestehende Staatsverschuldung das vergleichsweise kleinere Problem darstellt. Reuter konstatiert denn auch, „dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit langfristig die beste Rentenpolitik darstellt.“<sup>42</sup>

### Bevölkerungspolitik gegen Geburtenrückgang und „Vergreisung“ der Bundesrepublik?

Ein neues Gespenst geht um in Europa: das Gespenst des Kindermangels, der „Vergreisung“ und des Generationenkrieges. Dabei wird so getan, als verwandle sich die Bundesrepublik Deutschland zurzeit in ein Altenheim. Teilweise klagten dieselben Kreise, die während der Asyldiskussion zu Beginn der 90er-Jahre noch „Das Boot ist voll!“ gerufen hatten, wir lebten alsbald in einem „Land ohne Leute“ (ZEIT-Serie) oder einem „Land ohne Kinder“ (STERN v. 30.6.2005).

Auf die der Öffentlichkeit am 6. Juni 2003 vom Leiter des Statistischen Bundesamtes präsentierte „10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“ reagierte fast die gesamte deutsche Presse tags darauf in einer fast schon hysterisch zu nennenden Weise: Von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), die im Aufmacher eine „dramatische Alterung“ prophezeite und im Kommentar eine „konzise ‚Bevölkerungspolitik‘“ verlangte, über die WELT, deren Leitartikel „Kinder sind die Zukunft“ bei dem von den Nazis diskreditierten Begriff die Anführungszeichen wegließ und eine Halbierung des Rentenniveaus für notwendig erklärte, bis zur *tageszeitung* (taz), die – gewohnt salopp – „Deutsche sehen alt aus“ titelte und dem Thema eine ganze Seite widmete, kennzeichnete Apokalyptik die Berichterstattung, wie man sie sonst nur aus ultrarechten Publikationen kennt. Dort waren die beiden Überschriften der *Jungen Freiheit* (v. 20.6.2003) zum selben Thema denn auch nur noch ein wenig reißerischer. Sie lauteten: „Volk ohne Kinder“ und „Die Pyramide wird zum Grabstein. Deutschland 2050: Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bietet düstere Perspektiven“.

In jener Wochenzeitung, die als Sprachrohr der sog. Neuen Rechten gilt, wird bereits seit Jahren die „demographische Apokalypse“ (*Junge Freiheit* v. 12.10.2001), das „demographische Dilemma“

(*Junge Freiheit* v. 23.5.2003) oder die „demographische Katastrophe“ (*Junge Freiheit* v. 20.6.2003) beschworen.<sup>43</sup> Worum es dieser Strömung geht, wenn sie nationale Töne anschlägt und Vorbilder der Vergangenheit rühmt, zeigt folgender Untertitel: „Die Familie als Risiko. In Deutschland fehlt der Mut zu einer aktiven Bevölkerungspolitik“ (*Junge Freiheit* v. 31.10.2003). Man sieht durch die Migration „dramatische demographische Verschiebungen“ heraufkommen und beklagt in einem Artikel „Vom Verschwinden des Demos. Bevölkerungspolitik: Wie die demographische Dynamik multiethnische Gesellschaften verwandelt“ die zunehmende Überfremdung deutscher Großstädte: „Geburtenfreudige Ausländergruppen ersetzen die vergreisende deutsche Ur-Bevölkerung.“ (*Junge Freiheit* v. 2.7.2004)

In der *Berliner Zeitung* vom 2./3. Februar 2002 schrieb Maritta Tkalec unter der Schlagzeile „Deutschland ohne Kinder“ über „die durchaus effektive ‚Bevölkerungspolitik‘ zwischen 1933 und 1945“ sowie den „Jahrzehnte währenden Gebärstreik“ deutscher Frauen danach und mutmaßte: „Der Grund, warum moderne, individualisierte Gesellschaften offenbar dazu neigen, sich durch Verzicht auf Fortpflanzung binnen weniger Jahrzehnte selbst auszulöschen, liegt keinesfalls in Mangel an Wohlstand, eher im Zuviel davon.“ Am 28. April 2003 machte WELT-Herausgeber Dieter Stolte in einem „Zeitbombe Demographie“ genannten Beitrag ein „Anspruchsdenken, das den Wohlstand und das Glück des Einzelnen über das Gemeinwohl“ stelle, für die vielen Gefahren verantwortlich, von denen Deutschland in diesem Jahrhundert bedroht sei: „Sie ergeben sich als Folge eines demographischen Wandels, der unsere bisherigen sozialen Sicherungssysteme infrage stellt und einen Generationenkonflikt zur Folge haben wird.“ Am 14. August 2003 machte die ZEIT mit dem Thema „Wo sind die Kinder? – Im Land der Egoisten: kein Nachwuchs, keine Rente“ auf. In einem Heft, dessen Titelbild die Überschrift „Die vergreiste Republik“ trägt und einen Baum mit verdorrten, aus Gesichtszügen alternder Menschen zusammengesetzten Ästen zeigt, veröffentlichte das Magazin *stern* am 4. September 2003 einen Artikel „Wir haben ein Problem“, welcher mit der Feststellung beginnt: „Deutschland vergreist. Immer weniger Junge müssen für immer mehr Alte sorgen. Wenn wir nichts ändern, bricht unser ganzer Staat zusammen.“ James W. Vaupel, Direktor des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung in Rostock, warnte am 8. April 2004 in der FAZ unter der Überschrift „Deutschlands größte Herausforderung“ davor, „schmerzhafteste Anpassungen in den Sozial- und Gesundheitssystemen zu vertagen“, und forderte über die „Agenda 2010“ der Bundesregierung hinausgehende „radikale Veränderungen“.

---

<sup>42</sup> Norbert Reuter, Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik?, a.a.O., S. 89

<sup>43</sup> Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Stirbt „das deutsche Volk“ aus? – Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt, in: ders. u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 167 ff.



Die konservative Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* titelte am 31. Juli 2003 auf Seite 1: „Kinder für das Land. Generationenvertrag: Eine neue Bevölkerungspolitik muss her“. Am 5. Januar 2004 erschien der SPIEGEL mit einem Baby in schwarz-rot-goldenen Windeln auf der Titelseite, das eine Hantel voll älterer Menschen stemmt, unter der Überschrift: „Der letzte Deutsche. Auf dem Weg zur Greisenrepublik“. In dem dazu gehörenden Artikel „Land ohne Lachen“ wird kritisiert, dass Bevölkerungspolitik in Berlin (gemeint: nach 1945) kaum je auf der Tagesordnung stand. Susanne Mayer warb in einem Artikel „Her mit den Kindern!“, den die ZEIT am 4. März 2004 veröffentlichte, für ein „Projekt Junges Deutschland“, das Bevölkerungspolitik zu machen bedeute: „Bevölkerungspolitik heißt, den Menschen offen zu sagen, dass wir mehr Kinder brauchen – und zu diesem Zweck alle Kräfte bündeln müssen.“

Seit die Geburtenrate in der Bundesrepublik gegen Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre als Folge eines höheren (Aus-)Bildungsniveaus und einer steigenden Erwerbsneigung deutscher Frauen bei gleichzeitiger Verbesserung der Methoden und Einführung neuer Mittel zur Empfängnisverhütung (Antibabypille) sinkt, versucht man, eine pronatalistische Familien- bzw. Bevölkerungspolitik wieder hoffähig zu machen. Neben begrenzter Zuwanderung wird meist aktive Geburtenförderung favorisiert, die eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren bzw. für eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz sorgen soll.

Aus neoliberaler Perspektive erscheint die demografische Entwicklung als ökonomisches Problem, das durch Geburtenförderung, Humankapitalbildung sowie die Mobilisierung von Innovationskraft und Beschäftigungspotenzialen gelöst werden muss. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München, setzt auf eine aktive Bevölkerungspolitik zur Problembewältigung: „Wenn es gelänge, die Geburtenraten auf ein Niveau anzuheben, wie es eine stationäre Bevölkerung kennzeichnet, dann ließe sich die Bevölkerung allmählich wieder verjüngen. Das Rentenproblem würde sich lösen, der Arbeitsmarkt würde stabilisiert, und unser Land würde wieder zu der Dynamik bei der Wirtschaft und Wissenschaft zurückkehren, die es einmal besaß.“<sup>44</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, will Sinn die Fertilitätsrate mittels finanzieller Anreize für Familien, aber auch mittels gezielter Sanktionen für Kinderlose steigern. Sinn empfiehlt die Staffelung von Altersrenten (und Pensionen) nach der Kinderzahl und eine Rentenkürzung für Kinderlose auf die Hälfte der „normalen“ Höhe: „Wer keine Kinder hat und insofern zu wenig tut, um seine eigene Rente im Umlagesystem zu sichern, muss die Konsequenzen tragen und selbst auf dem Wege der Ersparnis für Ersatz sorgen.“<sup>45</sup> Demjenigen, der keine Kinder in die Welt setzt und großzieht, kann

<sup>44</sup> Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?*, 4. Aufl. München 2003, S. 369 f.

<sup>45</sup> Ebd., S. 393

man laut Sinn eine drastische Rentenkürzung zumuten. Altersrenten sollten seiner Meinung nach bloß deshalb „nicht auf Null reduziert“ werden, weil dadurch „ihre ökonomische Hauptfunktion als Schutz gegen die ökonomischen Konsequenzen der Kinderlosigkeit“ negiert und unberücksichtigt gelassen würde, dass Kinderlose wenigstens über den Familienlastenausgleich mit zur Finanzierung der Kinder anderer beitragen: „Doch erscheint beim durchschnittlichen Rentenbezieher eine Kürzung der Rente auf die Hälfte (!) als angebracht. Nur wer mindestens drei Kinder großzieht und durchschnittliche Beiträge gezahlt hat, dem kann die umlagefinanzierte Rente im bisher erwarteten Umfang erhalten bleiben.“<sup>46</sup>

Es handelt sich hier um neoliberalen Unsinn, der allerdings Methode hat. Kinder werden nämlich als Privateigentum bzw. Humankapital ihrer Eltern betrachtet, das (im Hinblick auf die Rente) eine Rendite zu erbringen hat. Sinns Konzeption beruht auf einer „biologischen Produktionstheorie“, die so tut, als sei die menschliche Fortpflanzung der Ursprung eines wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, aus dem steigende Altersrenten letztlich stammen, was mit den Verhältnissen einer modernen, auf Kapital- und Wissensakkumulation basierenden Volkswirtschaft jedoch kaum in Einklang steht: „Offensichtlich orientiert sich die ‚biologische Produktionstheorie‘ am Muster der archaischen vorindustriellen Subsistenzwirtschaft, ganz so, als wäre die Familie noch immer auch Produktionsbetrieb und Trägerin der sozialen Sicherung.“<sup>47</sup> Moralisch sind die Konsequenzen des Sinn'schen Vorschlags ohnehin kaum vertretbar: Während die Frauen im sog. Dritten Reich mit dem „Mutterkreuz“ belohnt wurden, wenn sie vier, sechs und acht (oder mehr) Kinder zur Welt gebracht hatten, kann man „Gebärverweigerung“ in einer Demokratie nicht Jahrzehnte später mit Altersarmut bestrafen.

Auch wenn man nicht explizit von „Bevölkerungspolitik“ spricht, geht es um die „Überwindung der Geburtenkrise“, wie es Max Wingen, im Januar 2005 verstorbener Nestor einer konservativen, von der christlichen Soziallehre inspirierten Familienpolitik nennt.<sup>48</sup> In etablierten (Fach-)Kreisen dürfte sich „nachhaltige Familienpolitik“ als weniger anstößige Bezeichnung durchsetzen. Diese verwischt die entscheidende Trennlinie: Eine pronatalistische Bevölkerungspolitik ist darauf gerichtet, den Kinderwunsch durch materielle Anreize und/oder geistige Beeinflussung junger Menschen (Frauen) zu stärken bzw. hervorzubringen, während sich Familienpolitik grundsätzlich damit begnügt, die

<sup>46</sup> Hans-Werner Sinn, Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen, in: Christian Leipert (Hrsg.), Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 2003, S. 85

<sup>47</sup> Thomas Ebert, Beutet der Sozialstaat die Familien aus? – Darstellung und Kritik einer politisch einflussreichen Ideologie, in: Christoph Butterwege/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, a.a.O., S. 103

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, sodass der *vorhandene* Kinderwunsch erfüllt werden kann. Wenn die Familie zum Fetisch, das Kind zum Kultobjekt und die Mutterschaft zum Mythos (gemacht) wird, hört die Gesellschaft auf, freiheitlich-liberal, republikanisch-demokratisch und auf die Selbstverwirklichung der Individuen orientiert zu sein.

Deutschland braucht gar nicht „mehr Kinder“, wie die zuständige Bundesministerin Renate Schmidt landauf, landab verkündete,<sup>49</sup> sondern mehr Finanzmittel und Freiräume für sozial benachteiligte Familien, damit diese ihren Kindern optimale Entwicklungs- bzw. Entfaltungsmöglichkeiten bieten können. Wer die Armut *an* Kindern statt der Armut *von* Kindern bekämpft, wird Ressourcen nicht nach dem Kriterium der sozialen Gerechtigkeit, also finanzieller Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Kriterium der Gebärfreudigkeit bzw. -fähigkeit, nämlich zwischen Familien und Kinderlosen, umverteilen.

\* Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Buchveröffentlichungen des Verfassers zum Thema:

*Butterwegge, Christoph* (u.a.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002

*Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael* (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen 2002 (2. Aufl. 2003)

*Butterwegge, Christoph* (u.a.): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Opladen 2003 (2. Aufl. Wiesbaden 2004)

*Butterwegge, Christoph*: Krise und Zukunft des Sozialstaates, (1. und 2. Aufl.) Wiesbaden 2005

*Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael/Zeng, Matthias*: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2005

---

<sup>48</sup> Siehe Max Wingen, Die Geburtenkrise ist überwindbar. Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft, Grafschaft 2004

<sup>49</sup> Siehe z.B. Renate Schmidt, Deutschland braucht mehr Kinder, in: Bundesverband deutscher Banken (Hrsg.), Deutschland altert – die demographische Herausforderung annehmen. Zwölftes gesellschaftspolitisches Forum der Banken – Schönhauser Gespräche, 10./11. November 2004, Berlin, o.O.u.J., S. 59 ff.